

**Autor:** Uta Knapp und  
Lisa Boekhoff

**Seite:** 17

**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 63.233 (gedruckt) 62.807 (verkauft)  
67.082 (verbreitet)

**Reichweite:** 0,179 (in Mio.)

# Länder schließen Stahlallianz

Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Saarland beteiligen sich am Bündnis für die Industrie

Saarbrücken/Bremen. Sechs Bundesländer haben sich am Montag zu einem Stahlbündnis zusammengeschlossen, um sich in Zukunft gemeinsam für die Industrie einzusetzen. Bremen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, das Saarland sowie Brandenburg unterzeichneten auf dem ersten nationalen Stahlgipfel in Saarbrücken eine entsprechende Erklärung. Der Bremer Wirtschaftsminister Martin Günthner (SPD) nahm ebenfalls am Treffen teil. „Stahl ist ein zukunftsfähiger Werkstoff, und die Stahlindustrie ist und bleibt für den Wirtschaftsstandort Bremen wichtig“, kommentierte er die „Allianz der Stahl-länder“.

Strafzölle und Umweltauflagen stellen die Branche vor Probleme. Die Länder wollen deshalb die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlproduktion in Deutschland und Europa sichern. Dafür, in diesem Punkt gebe es einen Konsens, sind laut der saarländischen Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) "große gemeinsame Anstrengungen nötig". Die Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz sieht den Zusammenschluss als Instrument, „Kräfte zu bündeln, um auf der politischen Ebene die Interessen der heimischen Stahlindustrie noch nachhaltiger vertreten zu können“. Ihrer Ansicht nach habe die Vergangenheit gezeigt, "dass wir einen abgestimmteren und einen strategischeren Ansatz brauchen, als wir ihn bislang hatten."

Rehlinger hatte mit der Wirtschaftsvereinigung Stahl, der IG Metall und dem Verband der Saarländischen Stahlhütten zum Stahlgipfel eingeladen. Unter den 2500 Gästen des Treffens in Saarbrücken mit dem Motto "Stahl stärken. Zukunft sichern" waren auch zahlreiche Vertreter der Branche. Aus dem Arcelor-Mittal-Werk in Bremen fuhr allein mehr als 100 Beschäftigte nach Saarbrücken – unter ihnen auch der Vorstandschef des Standorts Reiner Blaschek und Betriebsrat Klaus Hering. Die hohe Beteiligung zeigte nach Ansicht Rehlingers, wel-

chen bedeutenden Stellenwert die Stahlindustrie im Land habe, aber zugleich auch, wie groß die Sorgen der Beschäftigten seien, die aktuellen Herausforderungen zu meistern.

In der Hansestadt sichert das Stahlwerk Martin Günthner zufolge direkt 4000 Arbeitsplätze. "Im gemeinsamen Schulterschluss mit den anderen Stahlländern wollen wir uns gemeinsam bei der Bundesregierung und der EU für Standortbedingungen einsetzen, die uns erlauben, weiterhin in dem harten Wettbewerb zu bestehen", erklärte der Senator das Bündnis. Im Fokus stünden vor allem die Auswirkungen des Emissionshandels und der zunehmende Protektionismus.

Die Allianz will sich auch dafür einsetzen, dass neue Produktionstechniken und Prozessinnovationen durch Forschungsprogramme der EU gefördert werden. „Innovationen und eine umweltfreundliche Produktion sind der Schlüssel, um in der Stahlindustrie Beschäftigung zu sichern“, betonte der IG-Metall-Chef Jörg Hofmann. Forschungsaktivitäten müssten gestärkt werden, weshalb die IG Metall von den Unternehmen fordert, Forschungsverbünde zu bilden. Die Politik müsse dabei unterstützen. Von dem Bündnis erwartet Hofmann Impulse: "Die Stahlallianz soll deutlich machen, dass es gemeinsame Anstrengungen von Unternehmen und Politik braucht, damit die Branche im Wettbewerb dauerhaft bestehen kann." Der Gewerkschafter sieht die Stahlindustrie vor Herausforderungen: durch ein Überangebot auf dem Weltmarkt, durch Klimaschutz und Emissionshandel sowie durch die Digitalisierung.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass nach einer neuen Analyse des Weltwirtschaftsforums kein Land so innovativ sei wie Deutschland. Dies mache Hoffnung auch für die Stahlindustrie: "Stahl gehört nicht ins

Museum, Stahl ist Zukunft." Außerdem sprach Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) beim Gipfel.

Hans Jürgen Kerckhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, bezeichnete Stahl als Basis für wichtige internationale orientierte Wertschöpfungsnetzwerke. "Stahl spürt wie ein Seismograf förmlich, wie globale Entwicklungen eben auch regionale Perspektiven bestimmen", sagte er. Deshalb sei es gut, dass diese Allianz gemeinsam versuche, Industrie und Industrieinteressen in Brüssel und Berlin "wirkungsvoller, mit starker Stimme zum Ausdruck zu bringen". 2017 hatten die deutschen Hersteller noch rund 42,7 Millionen Tonnen Stahl produziert. Bundesweit beschäftigt die Branche rund 85 000 Mitarbeiter.

"Wir begrüßen die Initiative zum Stahlgipfel und die geplante Stahlallianz der betroffenen Bundesländer, sich dafür einzusetzen, dass die Stahlindustrie in Deutschland Rahmenbedingungen hat, um wettbewerbsfähig zu bleiben", sagte ein Sprecher des Konzerns Arcelor-Mittal mit Sitz in Düsseldorf. Das sei wesentliche Voraussetzung dafür, um Innovationen und Investitionen zu realisieren und Beschäftigung zu sichern. Die zentralen Herausforderungen für den Stahlkonzern – damit auch die Hütte in Bremen – seien eben die Entwicklungen in der Handelspolitik und die Energie- und Klimapolitik in Deutschland und Europa. Die vorläufigen Schutzmaßnahmen der Europäischen Kommission müssten festverankert werden und weiterhin deutliche Schutzzölle für Importe. "Die Risiken für den europäischen Stahlmarkt sind durch die weltweit hohen Überkapazitäten, die Beibehaltung der Zölle in den USA und die Einführung von Schutzmaßnahmen in vielen anderen Ländern nach wie vor sehr hoch und haben noch zugenommen." In Bremen hat es bereits zwei Stahlgipfel gegeben.

Weltweit rechnet die Branche für das

laufende Jahr mit einem kräftigen Anstieg der Stahlnachfrage um 3,9 Prozent auf knapp 1,7 Milliarden Tonnen. Vor dem Hintergrund der steigenden Risiken etwa durch Handelskonflikte geht sie jedoch für 2019 nur von einem

leichten Plus von 1,4 Prozent aus. Gleichzeitig machen den Herstellern Überkapazitäten zu schaffen, die sich nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf mehr als 500

Millionen Tonnen belaufen. Vor allem chinesische Hersteller werfen viel billigen Stahl auf den Weltmarkt.



Der Hochofen der Salzgitter AG in Hannover. Sechs Bundesländer haben sich am Montag auf dem ersten nationalen Stahlgipfel für die Branche verbündet., Stratenschulte/DPA

**Wörter:** 799

© 2018 PMG Presse-Monitor GmbH